tete zudem wiederholt Inserate böhmischer Geschäfte, die für Schuhe, Gänsefedern und Sargholzverzierungen warben. Auch über soziale Konflikte, Streiks und Unglücksfälle in Böhmen berichtete das «Volksblatt».

Die Zeitung stand, wie auch die ab 1914 erscheinenden «Oberrheinischen Nachrichten», im Ersten Weltkrieg auf der Seite der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn. Entsprechend berichteten die «Oberrheinischen Nachrichten» auch am 22. Dezember 1917, dass Tschechen und Slowaken «eine Armee von Hochverrätern» gebildet hätten, die «gegen ihr österreichisches Vaterland» kämpfen wollten (S. 220). Hatte das «Volksblatt» zuvor Verständnis für tschechische Anliegen geäussert, so wandte sich auch hier das Blatt gegen Ende des Kriegs. Österreich-Ungarn zerbrach, am 28. Oktober 1918 wurde die Tschechoslowakische Republik proklamiert. Kurz zuvor, am 28. September 1918, hatten die «Oberrheinischen Nachrichten» den französischen Präsidenten Clemenceau kritisiert, der das treulose «Tschecho-Slowakengesindel» als kriegführende Macht anerkannt hätte (S. 221).

Liechtensteins Zeitungen nahmen auch Stellung zur Bodenreform und zur daraus resultierenden Enteignung grosser Teile des fürstlich-liechtensteinischen Grundbesitzes in Böhmen und Mähren. Im «Volksblatt» vom 11. August 1920 kommentierte der Schaaner Jurist Otto Walser die tschechoslowakische Bodenreform, die er als «ziemlich radikal sozialistisch» bezeichnete (S. 224). Zwar sei, so Walser, der Landhunger der Kleinbauern verständlich und solle auch aus der Masse des Grossgrundbesitzes befriedigt werden, doch sei dabei eine «goldene Mitte» möglichst zu bewahren (ebenda).

Grosses Ansehen genoss hingegen Tomáš Masaryk, der Gründerpräsident der Tschechoslowakei. Auch im Ausland wurde er als Staatsmann geachtet. Als Masaryk 1937 verstarb, widmete ihm das «Liechtensteiner Vaterland»[2] in seiner Ausgabe vom 18. September 1937 einen ausführlichen Nachruf.

Über die Ereignisse, die 1938–1939 zum Anschluss von Böhmen und Mähren an Hitler-Deutschland führten, berichteten beide liechtensteinischen Zeitungen wiederholt. Das «Volksblatt» fand dazu am 8. Juli 1939 passende Worte: «… im Protektorat Böhmen und Mähren lebt heute ein tief unzufriedenes und unglückliches Volk, das seine Souveränität und Freiheit verloren hat.» (S. 229).

Nach der Niederlage Deutschlands im Krieg und der darauf folgenden Wiederherstellung der Tschechoslowakei informierten beide Zeitungen kritisch über die Vertreibung der deutschen Minderheit aus Böhmen und Mähren, aber auch über die kommunistische Machtergreifung von 1948. Zehn Jahre später, am 22. Februar 1958, hielt das «Liechtensteiner Vaterland» fest, der Kommunismus habe «inzwischen aus dem Herzland Europas eine graue Einöde gemacht, mit Sklavenarbeit und Religionsverfolgung wie überall» (S. 233).

Dem «Prager Frühling» und dem Reformpolitiker Alexander Dubček wurde auch in Liechtenstein 1968 mit viel Sympathie begegnet. Nach der Niederschlagung des «Prager Frühlings» durch die von der Sowjetunion angeführten Truppen des Warschauer Pakts versammelten sich (auch) in Vaduz Jugendliche und Erwachsene zu einer Protestkundgebung, die zugleich eine Sympathiekundgebung für die Tschechen und Slowaken war. Auch der damalige Erbprinz Hans-Adam nahm an der Kundgebung teil.

Zaghafte gegenseitige Wiederannäherung

Ab 1981 besuchten mehrfach Lehrlinge der liechtensteinischen Landesverwaltung die ehemals fürstlich-liechtensteinischen Schlösser in Eisgrub und Feldsberg. Bei der ersten Einreise dauerte die Zollabfertigung noch fast drei Stunden. Dies veranlasste die Lehrlinge zum Kommentar, ihnen sei bewusst geworden, «dass sich jene Menschen nie so frei bewegen können wie wir in Liechtenstein» («Liechtensteiner Vaterland», 14. November 1981).

Das Interesse am fürstlich-liechtensteinischen Kulturgut in Mähren war aber damit geweckt. Nach dem Ende des Kommunismus wurden auch die Einreisebestimmungen ab 1990 immer mehr gelockert, was zu einer Zunahme an Besucherinnen und Besuchern bei den fürstlichen Schlössern in Mähren führte.

Fürst Hans-Adam II. betonte 1992 den Rechtsanspruch des Fürstenhauses auf den enteigneten Besitz in der Tschechoslowakei. Der Fürst erklärte aber auch seine Bereitschaft zu Investitionen. Ihm sei es ein Anliegen, «einen Konflikt mit Anstand zu lösen» (S. 237). Per Anfang 1993 teilte sich die Tschechoslowakei friedlich in die Tschechische und die Slowakische Republik auf. Der